

# Agglomeration Solothurn

## Bericht des Workshops vom 7. November 2003



Entwurf vom 2. Dezember 2003

## Inhaltsverzeichnis

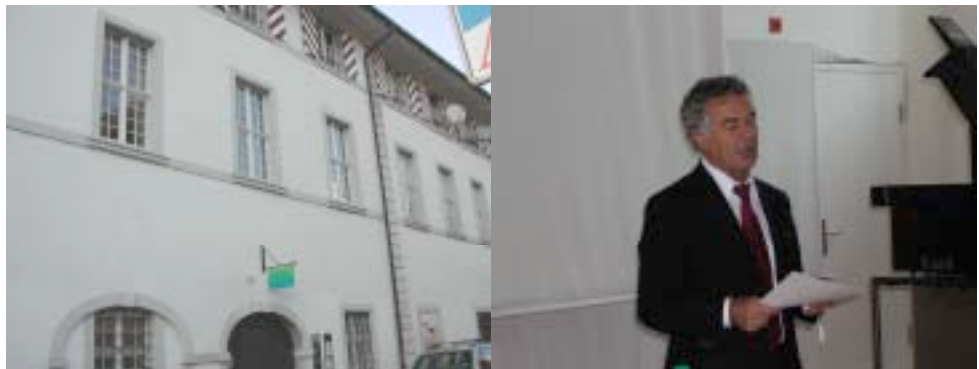
Einleitung.....	3
Regierungsrätliches Begrüssungsreferat.....	3
Einführung, Ziele des Workshops.....	4
Ziel, Zweck und Anforderungen des Agglomerationsprogramms, Optik des Kantons .....	5
Wie arbeiten andere Regionen? Folgerungen für die Agglomeration Solothurn.....	9
Zusammenfassung der Gruppenarbeiten .....	12
Auswertung der Gruppenarbeiten/Fazit.....	17
Weiteres Vorgehen.....	17
Teilnehmerinnen und Teilnehmer.....	19

*Impressum*

*Ecoptima ag  
Spitalgasse 34/Postfach  
3001 Bern  
info@ecoptima.ch*

## Einleitung

Der Workshop zum Thema Agglomerationsprogramm Solothurn fand im Alten Spital in Solothurn im Kreise zahlreicher Gemeinden der Agglomeration Solothurn, kantonaler Amtsstellen sowie Medienvertretern statt.



## Regierungsrätliches Begrüssungsreferat

Regierungsrat W. Straumann

Städte und Gemeinden wachsen zusammen. Es entstehen neue Sozial- und Wirtschaftsräume, die nicht den Gemeinde- oder Kantons Grenzen entsprechen. Punktuelle Zusammenarbeit besteht (z.B. PASO: grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Olten, Aarau und Zofingen).

Die Agglomerationspolitik wurde 2001 vom Bund neu initiiert. Die Erträge aus der Mineralölsteuer sollen auch dem Agglomerationsverkehr zur Verfügung stehen. Das neue Instrument soll die Zusammenarbeit zwischen den Regionsgemeinden verstärken. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Solothurn ist zwar nicht Zürich, Basel oder Bern, aber auch Solothurn hat mit der Verstädterung seine Probleme, die man besser gemeinsam löst. Es bestehen durchaus Aussichten auf Anteile der Bundesgelder. Wenn die Region Mittel beanspruchen will, muss sie die „Hausaufgaben“ machen, sprich ein Agglomerationsprogramm ausarbeiten.

## Einführung, Ziele des Workshops

Gilbert Ambühl

Anfang 2003 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Agglomerationspolitik eingesetzt. Diese hat eine erste Bestandesaufnahme zur Zusammenarbeit in der Region zusammengetragen. Die Resultate sind auf der Homepage der Repla ([www.repla-rsu.ch](http://www.repla-rsu.ch)) zu finden. Oberstes Ziel des Workshops ist zu klären, ob in diesem Zusammenhang von Seiten der Regionsgemeinden Handlungsbedarf besteht. Denn ein Agglomerationsprogramm macht nur Sinn, wenn die Gemeinden das auch wollen. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo Handlungsbedarf besteht, im Bereich Verkehr und Raumplanung. Daneben gibt es aber auch andere wichtige Themen, wie zum Beispiel die aktuelle Frage um den neuen Standort der Kulturfabrik Kofmehl. J. Friedli hat hierzu eine Ad hoc-Arbeitsgruppe zusammengestellt, um Lösungen für einen Standort zu finden. Weitere Beispiele gibt es aber auch bei der öffentlichen Sicherheit, beim Zivilschutz, bei der Feuerwehr usw.

Ziele des Workshops

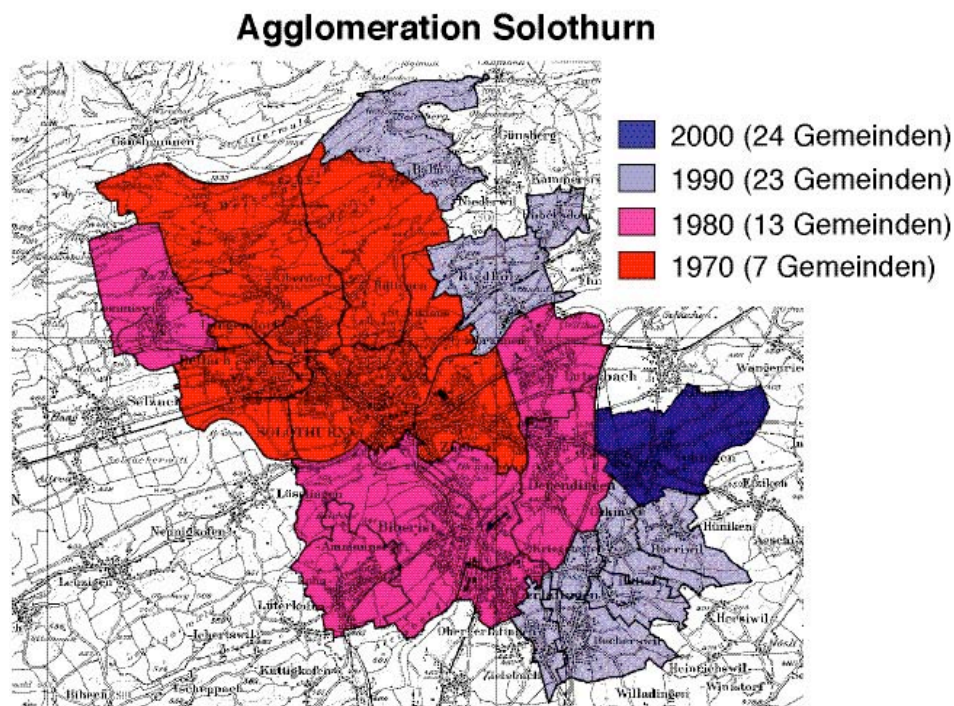
- Was haben wir für Ziele?
- Wo haben wir Probleme bzw. wo werden wir in Zukunft Probleme haben?
- Welche Massnahmen sind bereits in der „Pipeline“?
- Wie könnte eine Gesamtstrategie aussehen, welche Elemente umfasst sie?
- Wie sieht die Projektorganisation aus?
- Wie sieht der Zeitplan aus?
- Welche Entscheide werden wo gefällt?
- Welches sind die Kosten für die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms? Wie sieht die Finanzierung aus?

## Ziel, Zweck und Anforderungen des Agglomerationsprogramms, Optik des Kantons

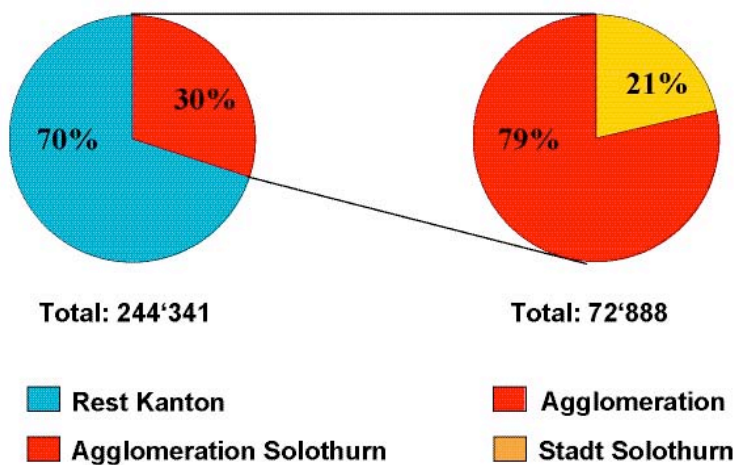
Bernard Staub

Die Schweiz wird urbaner. Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt in urbanen Räumen. Ein Viertel der Schweiz ist Agglomeration. Die Bandstadt von Genf bis St. Gallen weitet sich aus.

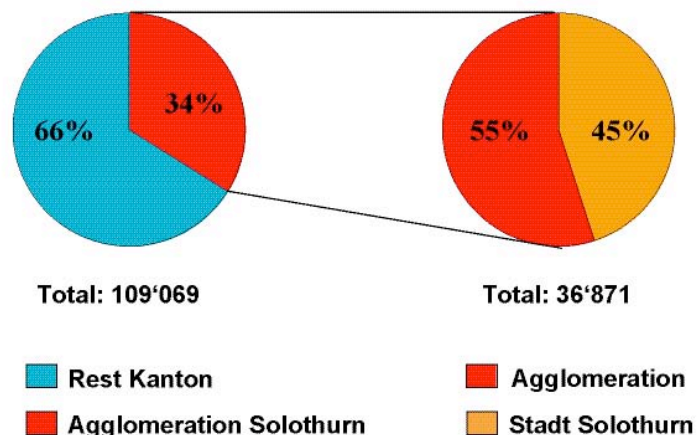
Entwicklung in der Agglomeration Solothurn



### Agglomeration Solothurn: Bevölkerung 2000



### Agglomeration Solothurn: Beschäftigte 2001



**Problemanalyse** Die heutige Situation der Agglomeration Solothurn zeigt sich folgendermassen:

- Die Gemeindeautonomie ist stark
- Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden ist sektoriell
- Die Transparenz fehlt
- Die Kräfte sind verzettelt.

**Agglomerationspolitik des Bundes** Die Vorgaben des Bundes sind zu finden im Bericht Agglomerationspolitik des Bundes, Bundesrat, Dezember 2000.

**Ziele** Mit der Agglomerationspolitik des Bundes sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Nachhaltige Entwicklung des urbanen Raums
- Ein Nebeneinander von kleineren, mittleren und grossen Agglomerationen im Städtenetz Schweiz
- Siedlungsentwicklung nach Innen
- Wirtschaftliche Attraktivität und Lebensqualität

**Charakterisierung Aggloprogramm** Das Agglomerationsprogramm wird vom Bund folgendermassen charakterisiert:

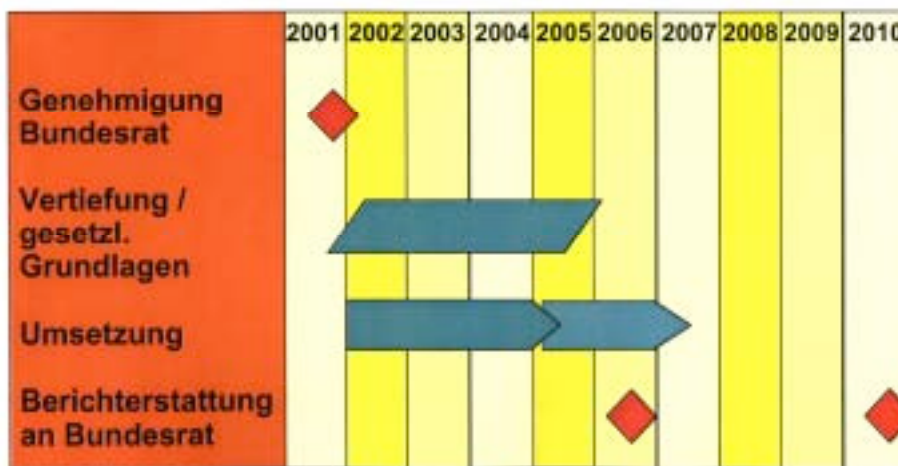
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzungs- und projektorientiert</li> <li>• Partnerschaftlich</li> <li>• Behördenverbindlich</li> <li>• Kein direkter Zwang seitens Bund (freiwillig)</li> </ul>	
<b>Bund</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verankerung im RPG</li> <li>• Voraussetzung für Gewährung Beiträge Aggloverkehr</li> <li>• Mindestinhalt: Siedlung/Verkehr</li> </ul>	<b>Kantone</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollzug</li> <li>• Verfahren/Zuständigkeiten</li> <li>• Inhalte</li> <li>• Perimeter</li> </ul>

Grundanforderungen

Die Grundanforderungen des Bundes an das Agglomerationsprogramm sind:

- Innovativ
- Modellcharakter
- Thematisch breit angelegt
- Mehrere Gemeinden zusammen
- Beteiligung Gemeinden und Kanton
- Nach Pilotphase auf Dauer ausgelegt
- Auswertung und Erfahrungstransfer

Zeitplan



G. Tobler/ARE

Das Agglomerationsprogramm muss bis im Herbst 2004 dem Bund eingereicht werden.

Definition Agglomeration gemäss BFS

- Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt mindestens 20'000 Einwohner
- Jede Agglomeration besitzt eine Kernzone, die aus der Kerngemeinde und gegebenenfalls weiteren Gemeinden besteht, die jede mindestens 2'000 Arbeitsplätze und mindestens 85 Arbeitsplätze (in der Gemeinde arbeitende Personen) auf 100 wohnhafte Erwerbstätige aufweist. Diese Gemeinden müssen ferner entweder mindestens 1/6 ihrer Erwerbstätigen in die Kerngemeinde entsenden oder mit dieser baulich verbunden sein oder an sie angrenzen
- Eine nicht der Kernzone zugehörige Gemeinde wird einer Agglomeration zugeteilt, wenn:
  - mindestens 1/6 ihrer Erwerbstätigen in der Kernzone arbeitet und
  - mindestens drei der fünf folgenden Kriterien erfüllt sind:
    - Baulicher Zusammenhang mit der Kerngemeinde; Baulücken durch Nichtsiedelgebiet (Landwirtschaftsland, Wald) dürfen 200 Meter nicht überschreiten.
    - Die kombinierte Einwohner-/Arbeitsplatzdichte je Hektare Siedlungs- und

- Landwirtschaftsfläche (ohne Alpweiden) übersteigt 10.
3. Das Bevölkerungswachstum im vorangegangenen Jahrzehnt liegt um 10 Prozentpunkte über dem schweizerischen Mittel. (Dieses Kriterium findet nur Anwendung für Gemeinden, die noch keiner Agglomeration angehört haben; für bestehende Agglomerationsgemeinden gilt es unabhängig vom erreichten Wert als erfüllt).
  4. Mindestens 1/3 der wohnhaften Erwerbstätigen arbeitet in der Kernzone. Schwellengemeinden, die an zwei Agglomerationen angrenzen, erfüllen dieses Kriterium auch dann, wenn mindestens 40% der Erwerbstätigen in beiden Kernzonen zusammenarbeiteten und auf jede einzelne mindestens 1/6 entfällt.
  5. Der Anteil der im 1. Wirtschaftssektor Erwerbstätigen (Wohnortsprinzip) darf das Doppelte des gesamtschweizerischen Anteils nicht überschreiten. (Für 1990 ist wegen des massiven Rückgangs von 6,2% auf 4,1% der Schwellenwert in Abweichung von dieser Bestimmung auf 10,3 festgelegt worden, d.h. es ist nur der einfache Rückgang von 2,1 Prozentpunkten in Rechnung gestellt worden.



## Wie arbeiten andere Regionen? Folgerungen für die Agglomeration Solothurn

Marco Rupp

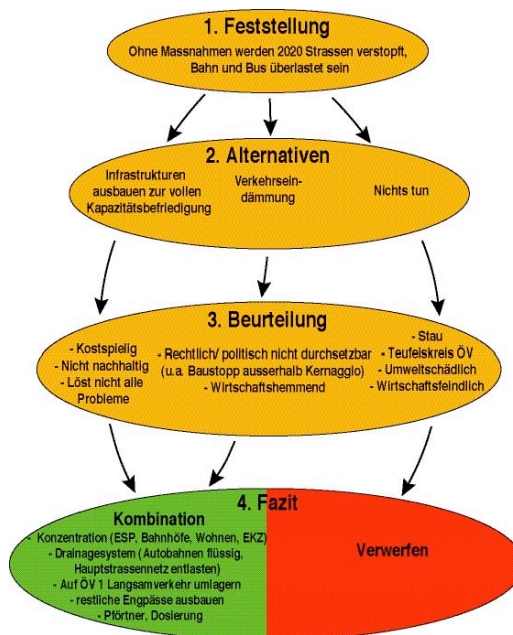
Ein Vergleich mit anderen Regionen (Luzern und Bern) zeigt folgende Vorgehensweise:

- Konzentration der ersten Phase auf Siedlung, Verkehr und Umwelt
- Analyse der Schwachstellen im Verkehrsnetz. Wo besteht Handlungsbedarf? Was sind die Alternativen?
- Welche Ziele hat die Region? Aufstellen eines Ziel- und Indikatorensystems.

### Ziel- und Indikatorensystem



- Welche Strategie (Siedlung, Verkehr, Umwelt) soll gewählt werden, damit eine geschickte Kombination der Massnahmen möglich ist?



ecoptima 1.7.2003 Ru/Kr

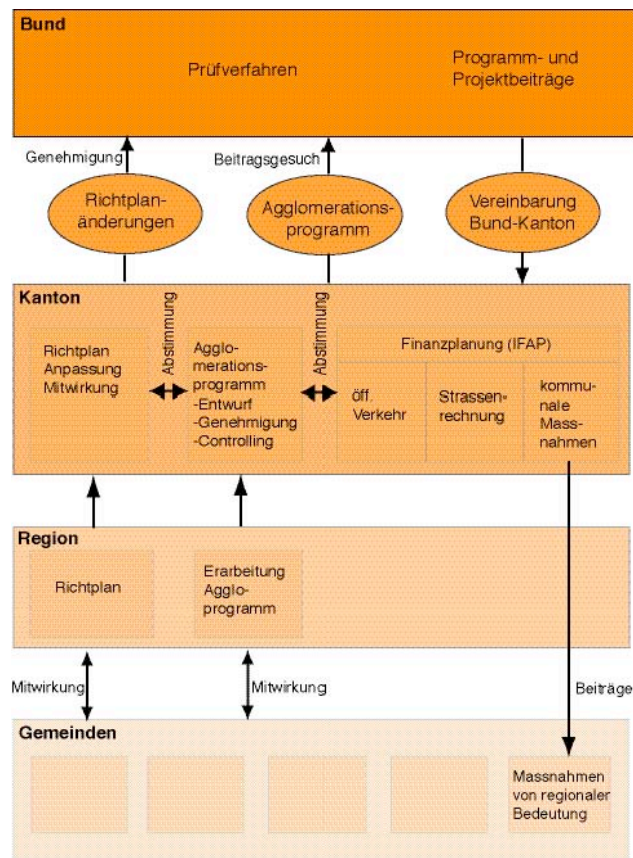
- Das Basisnetz (MIV, ÖV) wird definiert

- Definition der Infrastrukturmassnahmen im Bereich MIV, ÖV und Langsamverkehr/Kombinierte Mobilität
- Nachfrageorientierte Massnahmen festlegen

**Mögliche Nachfrageorientierte Massnahmen**

- Verkehrsinformationssysteme
  - Dosierung/Pförtnerung
  - Abstimmung Siedlung/Verkehr: Verkehrsinfrastrukturen, Umweltbelastung
  - Integraler Tarifverbund
  - Road Pricing
- Raumordnung Bauzonenreserven
  - Auswirkungen
  - Trägerschaft: Es ist empfehlenswert, keine Neuorganisation zu benennen, sondern die bestehende zu optimieren. Die Trägerschaft ist so auszugestalten, dass weitere Themen (Kultur, Sicherheit im öffentlichen Raum u.a.) ebenfalls bearbeitet werden können.

Beispiel Luzern Aufgaben und Zuständigkeiten:



Viele Vorarbeiten sind in der Region Solothurn vorhanden. Es ist sinnvoll, davon auszugehen, was man hat und nur die Lücken schliesst. Angefangen wird normalerweise mit Massnahmen im Bereich Verkehr und Raumordnung.

Mögliche Massnahmen  
 Solothurn

Bereich	Massnahme	Grundlage
<b>öffentlicher Verkehr</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bahnhof Zuchwil</li> <li>„Bipper-Lisi“</li> <li>Doppelspurabschnitte Solothurn–Bern prüfen</li> <li>Massnahmen ÖV Wengibrücke</li> <li>Neue Buslinie 9 (Luterbach–Solothurn–Obachquartier)</li> </ul>	AVT SO
<b>Motorisierter Individualverkehr</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Entlastung West Solothurn, flankierende Massnahmen</li> <li>Flankierende Massnahmen A5</li> <li>Betriebs- und Gestaltungskonzepte regionales Basisnetz</li> </ul>	AVT SO; ARP
<b>Raumplanung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung des Wohnbaus, Zentren stärken</li> <li>Entwicklungsschwerpunkte für Arbeitszonen</li> <li>Konzentration der verkehrsintensiven Nutzungen auf bestehende oder im kantonalen Richtplan zu definierende Massnahmen</li> <li>P+R</li> </ul>	Kantonaler Richtplan SO
<b>Nachfrageorientierte Massnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dosieren, Pfortner</li> <li>Integraler Tarifverbund Frosch Abi – Bäre Abi</li> <li>Parkraumbewirtschaftung für EKZ/FM</li> </ul>	AVT SO; ARP
<b>Trägerschaft und Finanzierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Trägerschaft erarbeiten</li> <li>Finanzierbarkeit beurteilen</li> </ul>	ARE

Es wird empfohlen, sich in einer ersten Phase auf die Bereiche Siedlung, Verkehr und Umwelt zu konzentrieren und schrittweise weitere Themen zu integrieren.

## Zusammenfassung der Gruppenarbeiten

### 1. Allgemeine Stossrichtung

Sind Sie der Meinung, dass Solothurn ein Agglomerationsprogramm vorbereiten sollte?

- a) wenn ja, warum?
- b) wenn nein, warum nicht?

a)	<ul style="list-style-type: none"><li>- enges Verhältnis Zentrum / Agglo</li><li>- verfügbare Finanzen</li><li>- mangelnde Struktur in Agglo-Fragen</li><li>- Agglo-Programm -&gt; Arbeitsinstrument für Agglo-Politik</li></ul>	<b>Gruppe A</b>
b)	<ul style="list-style-type: none"><li>- sonst Alibiübung</li></ul>	
a)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Handlungsbedarf im Verkehr</li><li>- selber beeinflussen / agieren statt reparieren</li><li>- Kosten sparen</li></ul>	<b>Gruppe B</b>
a)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Bedarf vorhanden / definieren</li><li>- Überschneidungen von Regionen vermeiden</li><li>- jede Gemeinde betreibt „Aussenpolitik“</li><li>- Zentrumslasten verteilen</li><li>- bestehende Zusammenarbeit verstärken</li><li>- Aufgleisen von notwendigen Problemlösungen (z.B. Treffpunkt für Jugendliche)</li><li>- Probleme erkennen. Zusammen Lösungen suchen</li><li>- Richtplan wichtig – Randgemeinden bleiben in der Peripherie</li></ul>	<b>Gruppe C</b>
b)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Euphorie nicht unbedingt vorhanden</li><li>- es darf keinen Zwang zum Mitmachen geben</li><li>- aus Leidensdruck entstehen</li></ul>	
a)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Gefäss REPLA verstärken</li><li>- weitsichtige Raum- und Verkehrsplanung</li></ul>	<b>Gruppe D</b>
a)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Konkurrenzfähigkeit verbessern</li><li>- Gesamtschau = höhere Akzeptanz / Wir-Gefühl= raschere Umsetzung</li><li>- Koordination Planungen (ÖV, MiV, PE, etc.)</li></ul>	<b>Gruppe E</b>

## 2. Handlungsbedarf

Wo liegt aus Ihrer Sicht der grösste Handlungsbedarf?

- a) Gesamtstrategie
- b) Verkehr
- c) Raumordnung
- d) Nachfrageorientierte Modelle (Verkehrslenkung)
- e) weitere Themen (Kultur, Wirtschaftsförderung, Soziales, u.a.)

- Umwelt/Raumordnung  
- Soziales/Sicherheit/Alters- und Jugendpolitik/Kultur (Filmtage, Kofmehl)  
- Wirtschaft  
-> zusammengefasst in Gesamtstrategie über alle 3 Bereiche (geben & nehmen) **Gruppe A**

- Gesamtstrategie -> thematisch und räumlich Bsp. EKZ, HVZ, Entsorgung, A1 Club  
- Verkehr  
- Raumordnung  
- nachfrageorientierte Massnahmen -> sehr wichtig. Gemeinsam und langfristig!  
- Bedarf vorhanden (Bsp. Kulturfabrik). Zusätzliche Zusammenarbeit nötig, mit Verbindlichkeit **Gruppe B**

- als Agglo gemeinsam Probleme lösen und beim Kanton vorsprechen  
- Ressourcen von grösseren Organisationen nutzen, z.B. im Asylbereich / soz. Bereich  
- Kontinuität der Behördenmitglieder  
- offene Jugendarbeit über Region verwirklichen  
- Kulturbedürfnis in Region gemeinsam angehen  
- Sportveranstaltungen und Trainingsmöglichkeiten ermöglichen und koordinieren  
- öffentliche Anlagen regional koordiniert nutzen **Gruppe C**

- Fortsetzung der flankierenden Massnahmen  
- Alternativenenergieversorgung  
- Schulreform  
- Wasserversorgung Ringschluss  
- Kulturfragen  
- Asylwesen **Gruppe D**

a) Wohin wollen wir in den verschiedenen Bereichen?  
b) Verknüpfung ÖV, MIV, Langsamverkehr, Schulstandorte, Standorte PE  
c) Abtimmung Raumplanung-Verkehr **Gruppe E**

### 3. Trägerschaft & Finanzierungsgrundsätze

Welchen Perimeter (welche Gemeinden) für eine Agglomeration Solothurn schlagen Sie vor?

Ist es aus Ihrer Sicht richtig, dass die Region eine aktive Rolle im Agglomerationsprogramm übernimmt oder soll der Kanton die Arbeiten übernehmen?

a) gemäss Agglo-Perimeter, spezielle Gegebenheiten berücksichtigen b) Lead bei Agglo-Regionen -> Kanton als Bindeglied zu Bund	<b>Gruppe A</b>
a) REPLA Solothurn und Gemeinden, die interessiert sind b) Region möchte aktive Rolle übernehmen. Anlaufstelle gegenüber Bund ist Kanton, Entscheide fällt die Region	<b>Gruppe B</b>
a) - Grundbeitrag z.B. REPLAgebiet bezogen - Aufteilung projektbezogen - Aussengemeinden eher entlasten b) - REPLA ja -> nicht allein Kanton - Richtung Verbundlösung - REPLA als aktiven Partner bestimmen	<b>Gruppe C</b>
a) REPLA stärken b) Finanzierungsgrundsätze: nach Grösse und Nutzen, Flexibilität	<b>Gruppe D</b>
a) Solothurn: BFS Perimeter 1980 zwingend plus Riedholz b) Ja	<b>Gruppe E</b>

#### 4. Welches sind die Tabuthemen?

- keine	<b>Gruppe A</b>
- Regionsparlament, keine 4. Ebene	<b>Gruppe B</b>
- Gemeindefusionen -> nein. Gemeindezusammenarbeit -> ja - keinen unbezahlbaren Wunschkatalog zusammenstellen	<b>Gruppe C</b>
- es sollte keine Tabuthemen geben!	<b>Gruppe D</b>
- in der 1. Phase: Gemeindefusionen; Steuerhoheit; keine 4. Ebene	<b>Gruppe E</b>

#### 5. Weiteres Vorgehen

Haben Sie Vorschläge für wichtige Vertiefungen?

Haben Sie Ergänzungen zu organisatorischen Fragen?

- Konkurrenzfähigkeit unserer Region bedingt ein gemeinsames Vorgehen - jugendfreundliche Strukturen schaffen	<b>Gruppe A</b>
- Stossrichtung der Projektskizze - bisherige Organisation (Arbeitsgruppe) beibehalten	<b>Gruppe B</b>
- Verkehr und Arbeitsplatzgestaltung beobachten und steuern - Finanzierung über REPLA für das Aggloprogramm bis Herbst 2004	<b>Gruppe C</b>
- es besteht ein Informationsbedürfnis	<b>Gruppe D</b>
- interkommunaler Lastenausgleich - Ansprechpartner – Task Force - Transportunternehmen gehören mit ihrer tragenden Funktion auch miteinbezogen!	<b>Gruppe E</b>

## 6. Kosten des Agglomerationsprogramms

Sind für Sie die Kosten bezüglich Aufwand-Nutzen akzeptabel?

Sind Sie mit dem Kostenteiler 60% Region (REPLA), 40% Kanton im Grundsatz einverstanden (vorbehältlich der Entscheide der finanzkompetenten Organe)?

- Kosten akzeptabel im Sinne einer Initialfinanzierung	<b>Gruppe A</b>
a) pausibel b) i.O.	<b>Gruppe B</b>
- i.O. / Finanzierung über REPLA für das Aggloprogramm bis Herbst 2004 (Punkt 5)	<b>Gruppe C</b>
-	<b>Gruppe D</b>
a) ja b) max. Beitragssatz (40%)! (reg. VO; a.O. Planungsleistung)	<b>Gruppe E</b>



## Auswertung der Gruppenarbeiten/Fazit

G. Ambühl/M. Rupp

Die Diskussion in den Gruppen hat folgendes ergeben:

- Die Stossrichtung mit dem Agglomerationsprogramm wird von den Gemeinden nicht in Frage gestellt. Die in der Projektskizze eingeschlagene Richtung wird als richtig empfunden. Die Arbeitsgruppe wird die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms vornehmen und über den Kanton dem Bund zukommen lassen. Vorgängig ist aber ein Grundsatzentscheid der REPLA nötig.
- Alle Themen sollen diskutiert werden, aber es soll auch ein pragmatischer Vorschlag vorliegen. Man möchte offen bleiben, aber auch nicht ein Monsterprojekt einreichen. Es herrscht Einigkeit über die dringende Zusammenarbeit bei den übergeordneten Themen Verkehr, Raumordnung und Umwelt.
- Um nicht einen „Papiertiger“ zu produzieren, sollen konkrete Projekte aufgeleitet und daran gearbeitet werden.
- Als Perimeter für das Agglomerationsprogramm gelten die Agglomerationsgemeinden (Definition gemäss BFS) zuzüglich die Gemeinden ausserhalb, die beim Programm mitmachen möchten. Eine rechtliche Verbindlichkeit besteht zwar nicht, der Kanton möchte aber in einer ersten Phase die Zusammenarbeit Kanton – Gemeinden mit einem letter of intent, in einer zweiten Phase präzisiert in einem Agglomerationsvertrag regeln.
- Die Trägerschaft für die Erarbeitung des Programms übernimmt die Region (REPLA).
- Es gibt keine Tabuthemen, was aber nicht gewünscht wird, ist eine 4. Ebene (d.h. Regionsparlament).
- Mit dem Vorschlag der Projektskizze bezüglich Finanzierung sind die Gemeinden einverstanden.
- Die Gemeinden sollen in den Prozess der Entwicklung des Agglomerationsprogramms eingebunden und regelmässig informiert werden.



U. Bucher

Der Verband der solothurnischen Einwohnergemeinden hat der Fachhochschule den Auftrag gegeben, den Ist-Zustand und Umsetzungsvorschläge im Bereich der Zentrumslastenabgeltung zu erarbeiten. Die Resultate werden in einem Jahr erwartet (ca. November 2004). Die Frage der Zentrumslastenabgeltung wird im Agglomerationsprogramm nicht untersucht, die Resultate der Studie werden aber einfließen.

## Weiteres Vorgehen

J. Friedli

Die Resultate des Workshops werden in einem kurzen Bericht zusammengefasst und den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Dieser dient als Grundlage für die weiteren Arbeiten. Das Agglomerationsprogramm wird ein Schwerpunkt der Arbeit der REPLA. Man wird sehen, welchen Beitrag die REPLA leisten kann. Gedankt sei allen teilnehmenden Gemeinden, den Vertretern des Kantons und den Mitgliedern des Ausschusses.

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Name	Gemeinde/Amt	Funktion	Gruppe
Ambühl, Gilbert	Zuchwil	Gemeindepräsident	B
Barth, Gaston	Solothurn	Leiter Rechts-/Personaldienst	A
Baumann, Peter	Zuchwil	Bauverwalter	D
Berger, Hanspeter	Langendorf	Gemeindepräsident	A
Blaser, Martin	Biberist	Gemeindepräsident	D
Bolliger, Ernst	Horriwil	Gemeindepräsident	C
Bucher, Ulrich	VSEG	Geschäftsführer	D (Gruppenleiter)
Burkhalter, Beat	Solothurn Services		E
Büttiker, Heinz	Amt für Gemeinden		E
Cahannes, Kevin	Solothurner Zeitung		-
Dällenbach, Alfred	Lohn-Ammannsegg	Gemeindepräsident	D
Dünbier, Ludwig	Amt für Verkehr und Tiefbau		E
Eng, Andreas	Günsberg	Gemeindepräsident	A
Friedli, Johannes	REPLA RSU	Präsident	C (Gruppenleiter)
Furrer, Thomas	Lommiswil		A
Gasser, Fritz	Derendingen	Gemeinderat	B
Götschi, Alfred	Biberist		A
Heeb, Martin	Amt für Umwelt		E
Hofer, Barbara	Horriwil		B
Ingold, Hansruedi	Subingen	Gemeindepräsident	C
Isch, Ulrich	Nennigkofen	Gemeindepräsident	D
Jäggi, Jörg	Subingen	Chef Planung	C
Jäggi, Paul	Hüniken	Gemeindepräsident	C
Karsky, Catherine	ecoptima ag		B
Klaus, Robert	Flumenthal	Gemeindepräsident	A
Kohler, Martin	Lohn-Ammannsegg		D
Krebs, Fredi	Halten	Gemeindepräsident	B
Lerch, Christian	Günsberg	Gemeindeverwalter	A
Liechti, Ruedi	Lüsslingen		D
Maradan, Lilian	Balm bei Günsberg		A
Meier, Franz	Subingen	Chef Bauwesen	B
Meyer, Bruno	Etziken	Gemeindepräsident	C
Motschi, Jonas	Amt für Wirtschaft&Arbeit	Amtsleiter	E
Müller, Anny	Halten	Gemeindevizpräsidentin	C

---

Rupp, Marco	ecoptima ag		B (Gruppenleiter)
Siegenthaler, Roger	Lüterkofen-Ichertswil		D
Spichiger, Roger	Derendingen		C
Staub, Bernard	Amt für Raumplanung	Amtsleiter	E (Gruppenleiter)
Stebler, Werner	Solothurn	Leiter Stadtbauamt	A
Sterchi, Ueli	Biberist	Bauverwalter	D
Stotzer, Arnold	Rechterswil	Gemeindepräsident	B
Straub, Bernhard	Stadtplanungsamt Solothurn	Stadtplaner	A (Gruppenleiter)
Straumann, Walter	Baudirektion SO	Regierungsrat	-
Strub, Hanspeter	Subingen	Planungspräsident	B
Walter, Ernst	Bellach	Gemeindepräsident	D
Wittwer, Max	Luterbach	Gemeindepräsident	B